

Wie die Steuerpläne wieder einmal unten kassieren

18 Feb. 2026 18:48 Uhr

Bei soviel Geld für EU, Panzer und Ukraine-Krieg sind die Bundeskassen natürlich schon wieder einmal leer, und die Bundesregierung sinniert, bei wem etwas zu holen sei. Aber die gesamte Debatte übergeht wichtige Informationen – um beim Griff in die Geldbeutel der Ärmeren zu enden.



© mit KI erstellt
Symbolbild

Von Dagmar Henn

Bundeskanzler Friedrich Merz hat eine eindeutige Meinung. Den Spitzensteuersatz erhöhen? Das geht mit ihm gar nicht.

"Wir sind mittlerweile schon jetzt, wenn man die sogenannte Reichensteuer, die ja am Ende auch noch mal den Knick nach oben macht und die Kirchensteuer und den Solidaritätszuschlag zusammennimmt, dann sind wir bei fast 50 Prozent. Also ich würde mal sagen, mehr geht nun wirklich nicht. Die Zitrone ist ziemlich ausgequetscht."

Gleichzeitig wird bereits eine Debatte über eine mögliche Mehrwertsteuererhöhung lanciert. Und beim anstehenden CDU-Parteitag soll diskutiert werden, die Schwelle, ab der der Spitzensteuersatz fällig wird, noch einmal heraufzusetzen.

Ja, in Deutschland kann man mittlerweile fast alles erzählen. Das fängt damit an, dass der Spitzensteuersatz, auf den sich Merz bezieht, eigentlich gar nicht der Spitzensteuersatz ist. Weil die ganze Nummer um die "Reichensteuer" im Grunde ein politischer Betrug war.

Bis 2005 galt ein Spitzensteuersatz von 45 Prozent ab einem Einkommen von 52.152 Euro. Dann wurde er herabgesetzt auf 42 Prozent. Das war aber politisch nicht haltbar, also wurde dann die "Reichensteuer" erfunden, eigentlich ein neuer Schwellenwert für den Spitzensteuersatz, der erst ab 250.000 Euro zu versteuerndem Einkommen greift und – genau die 45 Prozent beträgt, die zwei Jahre zuvor noch ab 52.152 Euro fällig waren.

Nur, um die Dimensionen sichtbar zu machen: Im Jahr 2008 **betrug** der Anteil des obersten Zehntels am Gesamteinkommen in Deutschland 23,4 Prozent; das ist mehr als die unteren 40 Prozent zusammengenommen. Dieses oberste Zehntel begann 2005 bei weniger als 45.000 Euro Jahreseinkommen. Alle, die 2005 diesen Spitzensteuersatz entrichten mussten, gehörten zum oberen Zehntel. Und wie es mit Spitzensteuersätzen so ist, auch das wird in der Debatte selten erwähnt, gelten sie nur für das Einkommen, das diesen Schwellenwert übersteigt.

Zwischen 2000 und 2010 sanken übrigens die Einkommen der unteren Hälfte, nur die der oberen Hälfte stiegen. Besonders deutlich jene des oberen Zehntels – um 15,5 Prozent innerhalb dieses Zeitraums. Noch extremer wird das langfristig. Das Wirtschaftsinstitut WSI hat die Entwicklung der Einkommen, unterteilt nach Zehnteln, für 2005 bis 2019 **untersucht**. Das unterste Zehntel stieg von 2005 bis 2019, also in 14 Jahren, um gerade mal 5,6 Prozent. Das zweite Zehntel um 9 Prozent. Aber in der oberen Hälfte stiegen die Einkommen um 118 Prozent (mit Ausnahme eines seltsamen Knicks im 9. Zehntel, das nur auf 116 stieg).

Die Ungleichheit der Einkommen hat sich also weiter verschärft. Die sogenannte Mittelschicht, auf die man sich in der politischen Debatte in Deutschland so gerne beruft, liegt mit ihren Einkommen übrigens unter besagtem obersten Zehntel, in der Spanne zwischen 70 und 150 Prozent des Medianeinkommens. Die hat, laut Daten der Langzeitstudie Sozioökonomisches Panel (SOEP) zwischen 1997 und 2010 übrigens um 5,7 Millionen Personen abgenommen. Und zwar nicht, weil die Gruppe der Wohlhabenden gewachsen ist.

Die Verteilung des Vermögens ist übrigens noch einmal deutlich ungleicher als die der Einkommen. Und die Entwicklung der Einkommen hat in den letzten Jahrzehnten gerade diejenigen bei der Bildung von Vermögen begünstigt, die ohnehin ein hohes Einkommen hatten. Es ist dieser Punkt, an dem eigentlich die Debatte über die Spitzensteuersätze und die Erbschaftsteuer ansetzen müsste.

Aber betrachten wir doch einmal, wo der Spitzensteuersatz früher so lag. In den ersten Jahren der Bundesrepublik lag er (ähnlich wie in den Vereinigten Staaten) bei 95 Prozent, ab Einnahmen von nach heutigem Wert etwa 250.000 Euro, also ungefähr ab dem Punkt, ab dem heute 45 Prozent verlangt werden. Danach sank der Spitzensteuersatz bis 1958 auf 53 Prozent. 1975 bis 1990 lag er bei 56 Prozent, bis 2000 bei 51 Prozent, aber zu diesem Zeitpunkt schon mit einer deutlich niedrigeren Schwelle... die Spitzensteuersätze der letzten zwanzig Jahre liegen also im Langzeitvergleich extrem niedrig.

Man muss aber noch auf einen ganz anderen Bereich schauen, um zu sehen, wie sehr sich die Steuerlast nach unten verschoben hat. Das sieht man, wenn man einen Blick auf die Mehrwertsteuer wirft. Die betrifft bekanntlich nur jenen Teil des Einkommens, der in Waren umgesetzt wird; aber je niedriger das Einkommen ist, desto höher ist der Anteil, der für die Güter des täglichen Bedarfs aufgewendet werden muss. Und hier ist der einzige große Kostenfaktor, auf den keine Mehrwertsteuer entfällt, die Miete (die dafür ordentlich gestiegen ist).

Beim obersten Zehntel lag die Sparquote, also der Anteil des Einkommens, der nicht ausgegeben wird, 2013 bei 37,6 Prozent oder 2.687 Euro pro Monat! Die Sparquote der Gesamtbevölkerung lag bei 17,5 Prozent, was bedeutet, im einen Fall wurden 62,4 Prozent des Einkommens, im andern Fall 82,5 Prozent unmittelbar ausgegeben; in den unteren Dezilen gab (und gibt) es keine Ersparnisse, sondern bestenfalls Schulden, was gleichzeitig bedeutet, der Anteil der Konsumsteuern, der vom Einkommen abgeht, ist deutlich höher.

Wenn man die langfristige Entwicklung der jeweiligen Steuereinnahmen vergleicht, sieht man schnell, dass die Mehrwertsteuer geradezu explodiert ist. Das ist aber nicht die einzige Konsumsteuer - es gibt noch Energiesteuer, Stromsteuer, CO₂-Abgaben, alles ebenfalls Verbrauchssteuern, die selbst die Bezieher von Bürgergeld noch entrichten.

Die Mehrwertsteuer begann 1918 mit einem Satz von 0,5 Prozent. 1951 lag sie bei 4 Prozent. 1968 wurde die Erfassung geändert. Bis dahin gab es keinen Vorsteuerabzug, was Produkte, die viele Verarbeitungsstufen durchliefen, im Verhältnis teurer machte, weil bei jedem Schritt erneute vier Prozent hinzukamen. Seitdem wird die bezahlte Vorsteuer bei Firmen immer abgezogen. Aber der Endkunde kann nicht entrinne. Übrigens, die CO₂-Steuer, die Stromsteuer und die Energiesteuer akkumulieren sich heute wie einst die Mehrwertsteuer.

Mit der Änderung der Erfassung wurde auch der Mehrwertsteuersatz erhöht, auf 10 Prozent. Damit die Erhöhung nicht ganz so brutal wirkte, wurde dafür dann der verringerte Mehrwertsteuersatz auf Lebensmittel eingeführt. In den Jahren seither stieg der normale Mehrwertsteuersatz auf inzwischen 19 Prozent, und soll nun weiter erhöht werden.

Man müsste all diese Steuerarten zusammenzählen, um die wirkliche Steuerbelastung für die unterschiedlichen Einkommensgruppen zu errechnen. Die erste entscheidende Erkenntnis wäre, dass es einen Steuersatz von Null in Deutschland nicht gibt. Selbst aus den 563 Euro Bürgergeld im Monat dürften noch fast hundert Euro an Steuern entrichtet werden (eben weil Stromsteuer anfällt und neben der Mehrwertsteuer auch noch die akkumulierten CO₂-Steuer und Energiesteuer mehr oder weniger in allen Produkten enthalten sind).

Wenn man also den Spitzensteuersatz in ein wirkliches Verhältnis setzen will, darf man dabei nicht übersehen, dass auf die oben erwähnte Sparquote eben nur die Einkommensteuer entfällt, aber keine Verbrauchssteuern, während gleichzeitig eben dieses gesparte Einkommen in der Regel auch noch auf die eine oder andere Art verzinst wird. Um das Ganze noch ein wenig zu verschärfen: auch der Anteil des Einkommens, der für die Miete aufgewandt werden muss, ist bei den höheren Einkommen niedriger, selbst wenn die absolute Miete wahrscheinlich höher ist.

Was sich ändert, sobald die Mieten entsprechend sinken. Was nur geschieht, wenn öffentlich investiert wird, ob über direkten Wohnungsbau oder über Förderung wie Wohngemeinnützigkeit oder, was historisch in Deutschland das Effektivste war, durch gesetzliche Mietobergrenzen. Für alle unteren Einkommen wäre das der entscheidende Zugewinn an Sicherheit und Freiheit, aber dafür werden die Steuereinnahmen bekanntlich nicht verwendet.

Aber zurück zu Merz und der drohenden Mehrwertsteuererhöhung. Festhalten kann man auf jeden Fall, dass die Aussage des Bundeskanzlers falsch ist. Es gab in Deutschland bereits deutlich höhere Einkommensteuersätze, und die Behauptung, diese "Zitrone" sei ausgepresst, ist schlicht gelogen. Ganz zu schweigen davon, dass genau dieselbe Personengruppe, die vom niedrigen Spitzensteuersatz

profitiert, auch die Vorteile durch den Verzicht auf eine Vermögensteuer hat, die bei den unteren Einkommensgruppen nicht anfallen würde, weil da kein Vermögen vorhanden ist.

Im langfristigen Vergleich wurden gerade den obersten zehn Prozent gleich drei Vorteile auf einmal zugeschoben: neben dem niedrigeren Spitzensteuersatz auch die relativ geringere Belastung durch Verbrauchssteuern und die Streichung der Vermögenssteuer. Ein höherer Spitzensteuersatz würde da nur die Vorteile etwas verringern.

Eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer jedoch wäre ganz klar eine weitere Belastung der unteren Einkommen. Was nicht nur die Ungleichheit weiter verstärkt, sondern zugleich genau an dem Punkt, der bei einem zusammenbrechenden Exportmarkt noch ein wenig Stabilität verspricht, die Probleme verschärft: bei der Binnennachfrage.

Mindestens ein Drittel der Deutschen lebt längst von der Hand in den Mund. Da wird eine Mehrwertsteuererhöhung nicht nur Konsumverzicht, sondern schafft echten Mangel. Aber klar, die politische Landschaft in Deutschland sorgt sich mehr um vermeintlich ausgepresste Zitronen im obersten Einkommenszehntel.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln